



IM FOKUS!

Mainz, 8. April 2026
Nr. 18/32

80 Jahre Demokratischer Neubeginn Wiedergründung der Parteien auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz

Am **30. August 1946** wurde per Verordnung Nr. 57 der französischen Militärbehörde das **Bundesland Rheinland-Pfalz geschaffen**.¹ Die sich zu dieser Zeit wieder oder neu zusammensuchenden politischen Parteien übernahmen eine maßgebliche Rolle beim **Wiederaufbau der parlamentarischen Demokratie**. Dieser Prozess war aber kein Automatismus, weshalb es lohnt, die Voraussetzungen und die Parteigründungen selbst in chronologischer Folge zu beleuchten.

Die einrückenden Alliierten fanden 1945 auf dem **Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz** keinerlei funktionierende Verwaltung mehr vor. Diese war in rechtsrheinische Gebiete ausgelagert worden, geflohen oder wurde von nicht länger tragbaren NSDAP-Mitgliedern gehalten.² Die Alliierten besetzten Leitungsfunktionen daher umgehend mit ausgewählten Personen mit politischer Erfahrung, die in der Regel vor 1933 Mitglieder demokratischer Parteien gewesen waren. Eine

offizielle Betätigung war den Parteien jedoch zunächst **vollständig verboten**.

Das hielt die Menschen indes nicht davon ab, schon vor und unmittelbar nach Kriegsende wieder in den alten Kreisen zusammenzukommen. Es darf angenommen werden, dass das nicht allzu sehr im Verborgenen geschah. So veröffentlichte etwa der Mainzer Lorenz Diehl bereits am 6. April 1945 eine Schrift mit Gedanken zur Wiedergründung des Zentrums, in der er kolportierte, Sozialdemokraten, Liberale und Kommunisten seien längst aktiv um ihre Wiedergründung bemüht.³

I. Die französische Besatzungspolitik

Zum **10. Juli 1945** übernahm das **französische Militär** die Kontrolle⁴ und verfolgte von Beginn an eine **konsequente Dezentralisierungspolitik**. Das Ziel war ein föderaler Staat, um so das Wiedererstarken eines zentralstaatlich auf Preußen ausgerichteten Reichs zu verhindern.⁵ Die weiteren Ziele, das Saargebiet an Frankreich anzugliedern und das

¹ Brommer, Peter (Hrsg.): Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besatzung. März 1945 bis August 1949. Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 6. Mainz 1985, S. 193–195.
² Vgl.: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 22. Mainz 2001, S. 91.

³ Vgl.: Weitzel, Kurt: Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945–1947. Mainz 1980, S. 207.

⁴ Vgl.: Kohl, Helmut: Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945. Heidelberg 1958, S. 36.

⁵ Vgl.: Pfetsch, Frank R.: Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945. In: Albrecht Bach, Jean-Baptiste Joly (Hrsg.): Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945

Rheinland in eine Sonderzone umzuwandeln, musste Frankreich nicht zuletzt aufgrund des Widerstands der USA und Großbritanniens aufgeben.⁶

Erschwert wurde die französische Position durch anhaltende **Kommunikationsprobleme** und **organisatorische Defizite**. Frankreich hatte im Gegensatz zu den anderen Alliierten weit weniger Zeit, eine eigene Besatzungspolitik vorzubereiten. Erst auf der Konferenz von Yalta im Februar 1945 wurde Frankreich überhaupt eine eigene Besatzungszone zuerkannt.⁷ Ein weiterer Grund für Widersprüchlichkeiten lag in der Person des Militärgouverneurs General Pierre Koenig, der die strikten Ziele Charles de Gaulles noch mit einer Politik der „Verweigerung [und] unfreiwilligen Zugeständnisse“⁸ verfolgte, als Paris schon weitgehend auf die Linie der Westalliierten eingeschwenkt war.

Das **Potsdamer Abkommen** vom 2. August 1945 regelte, dass der Wiederaufbau der deutschen Selbstverwaltung so schnell wie möglich und nach demokratischen Grundsätzen erfolgen sollte, wofür „alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern“⁹ seien. In den westlichen Zonen

folgten alsbald offizielle Genehmigungen;¹⁰ in der sowjetischen Besatzungszone waren Parteien schon seit dem 10. Juni 1945 erlaubt.¹¹

Der französische Außenminister Georges Bidault brachte bereits am 7. August 1945 in einem Brief an die Botschafter der USA, Großbritanniens und der UdSSR Vorbehalte gegen die Wiederherstellung der Parteien zum Ausdruck,¹² die Charles de Gaulle im September 1945 bestätigte.¹³ Die Zurückhaltung gründete in der **Sorge vor Einheitsbestrebungen der Parteien**, die aus französischer Sicht notwendigerweise in einem deutschen Zentralstaat münden müssten.¹⁴

Innerhalb der französischen Militäradministration war man allerdings anderer Ansicht als in Paris. Bereits im August 1945 brachte der Gouverneur des Rheinlands, General Pierre Billotte, gegenüber deutschen Politikern zum Ausdruck, dass die Militärregierung schon bald Parteien erlauben werde.¹⁵ Selbst General Koenig empfahl de Gaulle im Oktober 1945 ein Einlenken, wenngleich dahinter wohl die Erwägung gestanden hat, legale Parteien besser kontrollieren zu können als illegale.¹⁶ Trotz der offiziellen Ablehnung aus

und 1949. Ergebnisse eines Kolloquiums, Tübingen 1987, S. 115–137, hier S. 118f.

⁶ Vgl.: Martin, Anne: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz. Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19. Mainz 1995, S. 33.

⁷ Vgl.: ebd., S. 36.

⁸ Ebd., S. 37.

⁹ Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945. Verfügbar unter: https://de.wikisource.org/wiki/Mitteilung_%C3%BCber_die_Dreim%C3%A4chtekonferenz_von_Berlin, zuletzt geprüft am 10.02.2026.

¹⁰ Vgl.: Wieck, Hans-Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, H. 2. Düsseldorf 1953, S. 27.

¹¹ Vgl.: ebd.

¹² Vgl.: Kohl (1958), S. 14.

¹³ Vgl.: Kusch, Katrin: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951). Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 12. Mainz 1989, S. 31.

¹⁴ Vgl.: ebd.

¹⁵ Vgl.: ebd., S. 32.

¹⁶ Vgl.: ebd.

Paris agierte die Militärverwaltung zunehmend pragmatisch und erlaubte bereits im Sommer Zusammenkünfte und das Ausstellen von Aufnahmescheinen. Repressionen sind – im Gegensatz zur amerikanischen Besatzungszone – nicht bekannt.¹⁷

Mit der Verordnung Nr. 23 vom **13. Dezember 1945** wurde die **Wiedergründung demokratischer, anti-nationalsozialistischer Parteien** in der französischen Besatzungszone **mit strengen Auflagen ermöglicht**. Lokale Untergruppen waren erst nach Schaffung von Organisationen auf Provinzebene¹⁸ erlaubt.¹⁹

Das Engagement der Parteien stieg zum Jahresbeginn 1946 rasch an, was sich in einer deutlichen **Zunahme der Parteiveranstaltungen** zeigte. Das **Interesse der Bevölkerung blieb allerdings mäßig**. Während im April 300 Menschen drei Veranstaltungen in Landau besuchten, waren es im Juli insgesamt nur 900 bei 14.²⁰ Offenbar scheiterten sowohl das Engagement der Parteien als auch die Hoffnung der Franzosen auf einen demokratischen Aufbau vorerst an der Realität des Nachkriegsalltags. Der Landauer Kreisdelegierte Fontes stellte den Parteien noch Mitte 1947 ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis aus: „[J]eder von ihnen befürwortet einen Föderalismus nach seinem eigenen Verständ-

nis. Allerdings scheint keiner von ihnen genau zu wissen, was er unter Föderalismus versteht.“²¹

Im Gegensatz zur britischen oder amerikanischen wurden die Landesgouverneure der französischen Zone angewiesen, **Parteien zunächst auf Provinzebene zuzulassen**, sodass sich die Tätigkeitsfelder der Parteien mit denen der Gouverneure deckten.²² Das hatte zur Folge, dass die Zahl der Parteien im Gegensatz zu den anderen Zonen übersichtlich blieb. In Bayern etwa hatte die Zulassung auf Kreisebene zur Folge, dass von den bis zum 30. November 1946 zugelassenen 62 Parteien 23 als SPD, 21 als KPD und weitere 15 mit acht verschiedenen Namen auftraten, die alle in der CSU aufgingen.²³

Die Zulassung auf Landesebene widersprach dem ursprünglichen französischen Demokratisierungskonzept von unten nach oben. Dahinter stand möglicherweise die Einsicht in den zwangsläufig überregionalen Charakter politischer Parteien. Plausibel scheint aber auch, dass provinzweit organisierte Parteien einfacher zu kontrollieren waren als kleinteiligere Strukturen.²⁴ Gleichwohl war den Parteien die **Zusammenarbeit** mit ihren Schwesterorganisationen **auf nationaler Ebene untersagt**. Zu groß schien die Gefahr, dass gesamtstaatliche Parteien die französischen

¹⁷ Vgl.: ebd., S. 33.

¹⁸ Die französische Besatzungszone war in Provinzen untergliedert. Das spätere Bundesland Rheinland-Pfalz entstand aus den Provinzen Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen-Nassau.

¹⁹ Vgl.: Brüchert, Hedwig: Die Wiedergründung von politischen Parteien und die ersten Kommunalwahlen. In: Hedwig Brüchert (Hrsg.): Es ist bald wieder gut ...? Mainz 1945–1962. Begleitband zur Ausstellung im Stadthistorischen Museum Mainz vom 22. März 2015 bis 3. April 2016, Mainz 2015, S. 28–35, hier S. 28.

²⁰ Heinz, Falko: Landau in der Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949. Militärhistorische Untersuchungen, Bd. 9. Frankfurt am Main 2008, S. 343, Anm. 860.

²¹ Zitiert nach ebd., S. 343, Anm. 861. Dort im frz. Original.

²² Vgl.: Kusch (1989), S. 33.

²³ Vgl.: Wieck (1953), S. 38.

²⁴ Vgl.: Kusch (1989), S. 35.

Dezentralisierungspläne ablehnen und bekämpfen könnten.²⁵ Äußeres Zeichen dieses Verbots war die Maßgabe, kein „D“ für „Deutschland“ im Parteinamen zu führen.²⁶

Dieses Ziel eines **südwestdeutschen Sonderwegs** war von Beginn an illusorisch und scheiterte an der Realität. Wie wirkungslos etwa das Verbot interzonaler Zusammenarbeit war, zeigt sich daran, wie oft sich die Administration genötigt fühlte, daran zu erinnern.²⁷

II. Kommunistische Partei Deutschlands

Es darf angenommen werden, dass die Kommunisten zu den ersten gehörten, die zum Ende des „Dritten Reichs“ ihre Aktivitäten wieder intensivierten. Das Reich hatte noch nicht offiziell kapituliert, als die Kommunisten den 1. Mai 1945 trotz alliierter Versammlungsverbots für öffentliche Auftritte nutzten.²⁸ Im Juni wurde die Verbindung zum ZK²⁹ hergestellt, woraufhin der weitere **Wiederaufbau zentral von Ostberlin aus gesteuert** wurde.³⁰ In der Provinz Hessen-Pfalz hatten sich Anfang September schon 2.187 Personen zusammengeschlossen. Das war der Besatzungsmacht nicht entgangen, was sich anhand mehrerer Hinweise auf die zum Teil beunruhigende Wirkung auf die Bevölkerung erkennen lässt.³¹

Einem ersten Ersuchen auf Wiederezulassung der **„Kommunistischen Partei für die Rheinpfalz“** (KP) vom 17. November 1945 wurde nicht stattgegeben.³² Ein weiterer Versuch wurde am 1. Januar 1946 unternommen, zeitgleich mit ähnlichen Anträgen der Ortsgruppen in der Pfalz. Weil dies aber der Vorgabe widersprach, auf Provinzebene zu beginnen, folgte am 27. Januar der Antrag auf Zulassung der **„Kommunistischen Partei Hessen-Pfalz“**,³³ dem am 4. Februar stattgegeben wurde.³⁴ Bereits am 16. Januar 1946 war die **„Kommunistische Partei Rheinland-Hessen-Nassau“** auf Antrag vom 28. Dezember 1945 genehmigt worden.³⁵

Eine organisatorische Herausforderung war, dass sich die französische Strukturierung entlang der Provinzgrenzen nicht mit den Bezirken des ZK deckte. Strittig war nach der Gründung von Groß-Hessen durch die Amerikaner insbesondere die Herauslösung der rheinhessischen Unterbezirke aus dem Bezirk Hessen-Frankfurt.³⁶

Ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone war die **Bildung einer Einheitspartei mit der SPD** erklärtes Ziel der KP und beim ersten Landesparteitag der „KP Hessen-Pfalz“ am 18./19. Mai 1946 in Ludwigshafen titelgebend, obwohl sich die SPD deutlich distanzierte.³⁷ Die Versuche, gemeinsame Listen für die ersten Kommunalwahlen im September

²⁵ Vgl.: Martin (1995), S. 46.

²⁶ Vgl.: Kusch (1989), S. 38.

²⁷ Vgl.: Martin (1995), S. 46.

²⁸ Vgl.: Becker, Klaus Jürgen: Im Strudel innerparteilicher Zerwürfnisse. Der pfälzische Nachkriegskommunismus. In: Gerhard Nestler, Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz in der Nachkriegszeit. Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945–1954), Kaiserslautern 2004, S. 401–434, hier S. 401.

²⁹ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

³⁰ Vgl.: Becker (2004), S. 402.

³¹ Vgl.: Heinz (2008), S. 342, Anm. 857.

³² Vgl.: Becker (2004), S. 403f.

³³ Vgl.: ebd., S. 405.

³⁴ Vgl.: Heinz (2008), S. 342.

³⁵ Vgl.: Becker (2001), S. 106.

³⁶ Vgl.: ebd., S. 83.

³⁷ Vgl.: Becker (2004), S. 409.

1946 aufzustellen, scheiterten ebenfalls am Widerstand der Sozialdemokraten.³⁸

Nach der Gründung von Rheinland-Pfalz schlossen sich die „KP Hessen-Pfalz“ und die „KP Rheinland-Hessen-Nassau“ im Januar 1947 zur „**KPD Rheinland-Pfalz**“ zusammen. Eine baldige Vereinigung mit der SED wurde zwar angekündigt, auf dem Parteitag im Mai 1947 aber letztlich nicht vollzogen.³⁹ Lediglich die Grundsätze und Ziele der SED wurden übernommen.⁴⁰

III. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Den Sozialdemokraten war es gelungen, ihre Netzwerke in kleinteiligen Strukturen im Freundes-, Kollegen- und Familienkreis zu erhalten, was die rasche Wiederaufnahme der organisierten Tätigkeit beschleunigte.⁴¹ In Kaiserslautern wurde schon vier Wochen vor dem offiziellen Kriegsende zur Gründung von Ortsgruppen aufgerufen.⁴² In Frankenthal trafen sich ehemalige Funktionäre bereits im März 1945, um über die Wiederaufnahme der Aktivitäten zu beraten.⁴³ Nicht zuletzt aus traditionellen Gründen wurde Ludwigshafen erneut zum Ausgangspunkt der Aktivitäten in der Pfalz.⁴⁴ Wiedergründungsbemühungen in Rheinhessen gab es seit etwa Juni 1945.⁴⁵ Die offizielle Genehmigung der „**Sozialdemokratischen Partei Hessen-**

Pfalz“ (SP) wurde am 6. Februar 1946 erteilt.⁴⁶

Die Genehmigung der „**SP Rheinland-Hessen-Nassau**“ wurde schon am 16. Januar 1946 erteilt.⁴⁷ Der frühe Termin täuscht indes über die **Schwierigkeiten** der Sozialdemokraten hinweg, **sich im Norden zu etablieren**. Im Gegensatz zum Süden hatten die Regierungsbezirke Koblenz und Trier lange Zeit als sozialdemokratische Diaspora gegolten. Durch die **Aufteilung der Rheinprovinz** auf die britische und französische Besatzungszone wurde der zuvor bestehende organisatorische Bezug nach Köln abgeschnitten, so dass **gänzlich neue Strukturen** geschaffen werden mussten,⁴⁸ eine Situation, die jener der KP ähnelte.

Grundsätzlich taten sich die Sozialdemokraten **schwer damit, Parteistrukturen in den neuen Grenzen aufzubauen**, weil traditionell gewachsene Strukturen überwunden und an die neuen Realitäten angepasst werden mussten.⁴⁹ Darüber hinaus befürchteten sie wahlpolitische Nachteile im ländlich-katholisch geprägten Norden.⁵⁰

Der **Gründung von Rheinland-Pfalz** stand die SPD daher **äußerst kritisch** gegenüber. Man fühlte sich übergangen und befürchtete eine Entwicklung, „die ein zukünftiges demokrati-

³⁸ Vgl.: ebd., S. 410f.

³⁹ Wohl auch mit Blick auf den erwartbaren Widerstand der Franzosen.

⁴⁰ Vgl.: Becker (2004), S. 412.

⁴¹ Vgl.: Keim, Eris J.: Errichtung in Weimarer Traditionen. Die Pfälzische Sozialdemokratie. In: Gerhard Nestler, Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz in der Nachkriegszeit. Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945–1954), Kaiserslautern 2004, S. 357–386, hier S. 363.

⁴² Vgl.: Galonska, Andreas: Landesparteiensysteme im Föderalismus. Rheinland-Pfalz und Hessen 1945–1996. Wiesbaden 1999, S. 76.

⁴³ Vgl.: Keim (2004), S. 366.

⁴⁴ Vgl.: ebd., S. 368.

⁴⁵ Vgl.: Galonska (1999), S. 76.

⁴⁶ Vgl.: Brommer (1985), S. 150.

⁴⁷ Vgl.: ebd., S. 150, Anm. 3.

⁴⁸ Vgl.: Galonska (1999), S. 77.

⁴⁹ Vgl.: ebd.

⁵⁰ Vgl.: Kusch (1989), S. 104.

ches Deutschland aufs Höchste gefährdet“.⁵¹ Auf der Wennigser Konferenz vom 5. bis 7. Oktober 1945 bei Hannover, an der – trotz Verbot – auch Vertreter aus der französischen Zone teilnahmen, stellte Kurt Schumacher sein Konzept einer **einheitlichen Sozialdemokratie in Deutschland** vor, das regionale Sonderbestrebungen entschieden zurückwies.⁵² Der Konflikt mit dem dezentralen Konzept der französischen Besatzungsmacht wurde dadurch offensichtlich.

Nach Wennigsen kam es im Oktober 1945 zu einem Geheimgespräch der Sozialdemokraten in Elmstein-Harzofen, auf dem erhebliche **interne Spannungen über den Umgang mit der französischen Besatzungsmacht** deutlich wurden. Insbesondere die aus der Emigration zurückgekehrten Genossen standen weit weniger in Opposition zur französischen Verwaltung und konnten sich letztlich durchsetzen.⁵³ Elmstein war Beleg für die toleranter gewordene Haltung der Franzosen. Diese hatten von dem illegalen Treffen erfahren, waren aber nicht eingeschritten.⁵⁴

Wie sehr die Sozialdemokraten an die Vorkriegstraditionen anknüpften, zeigte sich am ersten Parteitag der „SP Hessen-Pfalz“ in Kaiserslautern, der als „**39. Parteitag**“ deklariert wurde, um eine selbst durch Krieg, Verbot und Verfolgung **ununterbrochene Traditionskette** zu suggerieren.⁵⁵ Der Parteitag sah im Vergleich zur Zeit vor 1933 nur wenige Veränderungen im Statut vor,⁵⁶ was nicht nur auf Zustimmung traf. Gerade Anhänger des Kurses von Kurt Schumacher sahen die Chance

vertan, die Partei an die völlig neuen Gegebenheiten anzupassen.⁵⁷

Kam es anfangs noch zu Versuchen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, setzte sich bis Ende 1945 der von Schumacher geprägte **antikommunistische Kurs** durch.⁵⁸ Spätestens in der Zwangsvereinigung zur SED in der sowjetischen Besatzungszone erkannte die SPD einen unvereinbaren Gegensatz zu ihrem demokratischen Selbstverständnis.⁵⁹ Der 39. pfälzische Bezirksparteitag beschloss die finale **Ablehnung einer Fusion**,⁶⁰ und vor dem Hintergrund des einsetzenden Kalten Kriegs verschärfte sich die Abgrenzung zum Kommunismus zunehmend.⁶¹

Viel bedeutender blieb der **Konflikt um die föderalistischen und separatistischen Bemühungen der französischen Militärregierung**, die sich nach der Landesgründung intensivierten. Die Fehlinterpretation der Franzosen, Konzessionen an die **Sonderstellung der Pfalz** könnten zur Stabilisierung des neuen Landes beitragen, wurden von der SPD als Vorbereitung einer **Abtrennung** der Pfalz betrachtet und **abgelehnt**.⁶² Die Militärverwaltung reagierte, indem sie auf Landesebene Allparteienkoalitionen förderte. Das Kalkül, die oppositionelle Haltung damit aufzuweichen, ging durchaus auf, hatten sich die sozialdemokratischen Landesminister – parteiinternen Konflikten zum Trotz – doch

⁵¹ Brommer (1985), S. 200f.

⁵² Vgl.: Keim (2004), S. 369.

⁵³ Vgl.: ebd., S. 371.

⁵⁴ Vgl.: ebd., S. 372.

⁵⁵ Vgl.: ebd., S. 374.

⁵⁶ Vgl.: ebd., S. 381.

⁵⁷ Vgl.: ebd., S. 384.

⁵⁸ Vgl.: Galonska (1999), S. 75.

⁵⁹ Vgl.: Brüchert (2015), S. 30f.

⁶⁰ Vgl.: Kusch (1989), S. 55.

⁶¹ Vgl.: ebd., S. 56.

⁶² Vgl.: ebd., S. 98 ff.

zwangsläufig um die Konsolidierung des unerwünschten Staates zu bemühen.⁶³

IV. Christlich Demokratische Union

Während die Entwicklung bei Sozialdemokraten und Kommunisten aufgrund der bestehenden Traditionslinien klar war, gab es auf der bürgerlichen Seite zunächst keine klare Zielrichtung. Vielmehr gab es **mehrere parallel verlaufende und stark differierende Konzepte**: Neben einer Wiederbelebung des katholischen Zentrums gab es Ideen zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei, die auch Protestantinnen und Protestanten aufnehmen sollte, sowie Bestrebungen zu neuen Verbindungen mit früheren Sozialdemokraten oder Liberal-Konservativen für neue Mitte-Links- bzw. Mitte-Rechts-Bündnisse.⁶⁴

Aus französischer Sicht hatte sich das soziale Programm einer christlich-demokratischen Partei deutlich von dem des **früheren Zentrums** zu unterscheiden. Dessen **Wiedergründung wurde** – anders als in der britischen Zone – **untersagt**. Das Zentrum wurde von Frankreich für mitverantwortlich am Nationalsozialismus erklärt und sei in seinen Zielen ohnehin nie kongruent zu denen Frankreichs gewesen.⁶⁵

Am 16. Januar 1946 wurde die „**Christlich-Demokratische Partei**“ (CDP) in der **Provinz Rheinland-Hessen-Nassau** zugelassen.⁶⁶ Dass die CDP so rasch und verhältnismäßig

unkompliziert entstand, lässt auf eine umfangreichere Vorarbeit schließen, als es die für diese Region dünne Quellenlage herzugeben scheint.⁶⁷ Schon am 22. November 1945 war die CDP für Stadt und Kreis Trier genehmigt worden, was erneut die Uneinigkeit und mangelnde Absprache der französischen Behörden verdeutlicht.⁶⁸

In der **Pfalz** wurden Ende 1945 **drei konfessionell-christliche Parteien** beantragt: die vom katholischen Klerus getragene „**Christlich Soziale Union**“, der liberal-protestantische „**Christlich-Soziale Volksbund**“ sowie die interkonfessionelle **CDP**. Die Gruppierungen trennten nicht nur politische Auffassungen, sondern auch erbitterte persönliche Streitigkeiten, was zu langwierigen Auseinandersetzungen führte. Das Ergebnis einer **geeinten Unionspartei war keineswegs von Anfang an ausgemacht**.⁶⁹ In **Rheinhessen** wurde darüber hinaus die „**Christlich-Soziale Volkspartei**“ gegründet.⁷⁰

Die Militäradministration lehnte die Gründung rein konfessioneller Parteien jedoch strikt ab und war darüber hinaus nur bereit, eine Partei mit der Bezeichnung „christlich“ im Namen zu genehmigen. Nicht zuletzt durch diesen Druck einigte man sich in der **Provinz Hessen-Pfalz** nach zähen Verhandlungen auf den Namen „**Christlich Demokratische Union**“.⁷¹ Die Zulassung der „CDU Hessen-Pfalz“ erfolgte am 5. März 1946.⁷²

⁶³ Kusch, Karin: Zur Parteienpolitik in der französischen Besatzungszone am Beispiel der SPD in Rheinland-Pfalz. In: Albrecht Bach, Jean-Baptiste Joly (Hrsg.): Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. Ergebnisse eines Kolloquiums, Tübingen 1987, S. 109–113, hier S. 113.

⁶⁴ Vgl.: Galonska (1999), S. 78.

⁶⁵ Vgl.: Kusch (1989), S. 35f.

⁶⁶ Vgl.: Galonska (1999), S. 78.

⁶⁷ Vgl.: Martin (1995), S. 54.

⁶⁸ Vgl.: ebd., S. 59.

⁶⁹ Vgl.: Heinz (2008), S. 341f., Anm. 855.

⁷⁰ Vgl.: Galonska (1999), S. 80.

⁷¹ Vgl.: Kohl (1958), S. 75.

⁷² Vgl.: Martin, Anne: Pfälzische Landestreu – Koblenzer Dominanz? Die Anfänge der CDU. In:

Der Zusammenschluss zu einer **gemeinsamen christdemokratischen Landespartei** für Rheinland-Pfalz zog sich jedoch hin. Erst nach den ersten Wahlen, einem Bündnis von CDU und CDP in der Beratenden Landesversammlung und der Umgliederung RheinhesSENS wurde am 14. Februar 1947 die **rheinland-pfälzische Landes-CDU** gegründet.⁷³ Der Prozess war geprägt von persönlichen Animositäten und Auseinandersetzungen über die Positionierung der Partei zur föderalistischen Neuordnung.⁷⁴ Das Bemühen der CDP, ihren Namen durchzusetzen, war für die Unionsvertreter ein Beweis der Anbiederung an den französischen Partikularismus – im Gegensatz zur gesamtdeutschen Orientierung der CDU.⁷⁵ Dass es trotzdem zu einer Vereinigung kam, hatte wohl auch mit der Absage der USA und Großbritanniens an die französischen Abspaltungsbemühungen zu tun, was den Selbstständigkeitsbemühungen der CDP die Grundlage entzog.⁷⁶

V. Freie Demokratische Partei

Die Liberalen konnten auf dem Gebiet des späteren Rheinland-Pfalz nicht auf ein etabliertes Wählerpotenzial zurückgreifen und fristeten unmittelbar vor 1933 in der Region eher ein Nischendasein,⁷⁷ obwohl die Geschichte des Liberalismus in Deutschland

lange und enge Verbindungen zur Pfalz aufweist.⁷⁸ Die Gründung liberaler Parteien verlief daher weniger koordiniert und später.

Der in der Pfalz gegründete und protestantisch dominierte **„Christlich-Soziale Volksbund“** trug die Gründung der CDU nicht mit und beantragte am 17. Januar 1946 eine separate Zulassung, die aber wegen des „christlichen“ Namensbestandteils abgelehnt wurde.⁷⁹ Nach dessen Streichung wurde der **„Soziale Volksbund Hessen-Pfalz“** (SV) am 11. Mai 1946 zugelassen.⁸⁰ Der unter den liberalen Parteigründungen der Nachkriegszeit einzigartige Name lässt die Intention vermuten, neben liberalen Vorstellungen einen politischen Protestantismus zu etablieren.⁸¹ Der Vorstand legte zumindest Wert darauf, dass der SV **keine konfessionelle Partei** sei, ihm aber das **protestantische Geistes- und Moralverständnis** zugrunde liege.⁸²

In **Rhein Hessen** drohte sich derweil die **liberale Spaltung der Weimarer Republik** fortzusetzen. Neben dem SV entstand die **„Liberal-Demokratische Partei“**, die sich links von der Union verortete⁸³ und am 21. September 1946 nach einer Umbenennung in **„Liberaler Partei Rheinland-Pfalz“** (LPR) zugelassen

Gerhard Nestler, Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz in der Nachkriegszeit. Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945–1954), Kaiserslautern 2004, S. 345–356, hier S. 352.

⁷³ Vgl.: Galonska (1999), S. 80.

⁷⁴ Vgl.: Martin (2004), S. 354.

⁷⁵ Vgl.: ebd., S. 355.

⁷⁶ Vgl.: Martin (1995), S. 145.

⁷⁷ Vgl.: Galonska (1999), S. 82.

⁷⁸ Vgl.: Paul, Roland: Vom Sozialen Volksbund zur F.D.P.-Pfalz. Die Entwicklung der liberalen Parteien nach 1945. In: Gerhard Nestler, Hannes Ziegler (Hrsg.): Die Pfalz in der Nachkriegs-

zeit. Wiederaufbau und demokratischer Neubeginn (1945–1954), Kaiserslautern 2004, S. 387–400, hier S. 387.

⁷⁹ Vgl.: ebd., S. 390.

⁸⁰ Vgl.: Hein, Dieter: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 76. Düsseldorf 1985, S. 176.

⁸¹ Vgl.: ebd.

⁸² Vgl.: Paul (2004), S. 393.

⁸³ Vgl.: Galonska (1999), S. 83.

wurde⁸⁴ – im Oktober 1946 **auch in der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau**.⁸⁵ Ihre Versuche, sich in der Pfalz zu etablieren, scheiterten am Widerstand der Franzosen. Während LPR und SV bei den ersten Kommunalwahlen in der Pfalz mit gemeinsamen Listen antraten,⁸⁶ traten sie in Rheinhessen mit separaten Listen in direkten Konkurrenzkampf.⁸⁷

Bemühungen zur **Konsolidierung** setzten erst im November 1946 ein, nach den Kommunalwahlen und unmittelbar vor der Wahl zur Beratenden Landesversammlung.⁸⁸ Während zunächst nur eine regionale Aufteilung erreicht werden konnte, einigte man sich im April 1947 in Bad Kreuznach auf eine Fusion zur **„Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz“** (DP).⁸⁹ Die Frage der Zustimmung zur Verfassung für Rheinland-Pfalz offenbarte tiefe Differenzen, weshalb sich die tatsächliche Vereinigung bis Ende September 1947 verzögerte.⁹⁰ Am 14. November 1948 schloss sich der rheinland-pfälzische Landesverband der DP dann dem „Bundesverband der **Freien Demokratischen Parteien**“ (FDP) an.⁹¹

VI. Schlussfolgerungen

Während sich Sozialdemokraten und Kommunisten rasch wieder zusammenfanden, wurden im bürgerlichen Lager neue Parteien gegründet. Damit wurden **Lehren aus der Zersplitterung der Weimarer Republik** gezogen und die Anknüpfung an jene Parteien vermieden, die entweder keine wirksame Op-

position gegen die Nationalsozialisten aufbringen konnten oder mit ihnen kollaboriert hatten. Die Politik der französischen Besatzungsmacht forcierte diesen Prozess.⁹²

Größte Hypothek des neuen Bundeslands Rheinland-Pfalz war dessen Zusammensetzung aus Gebieten mit teils disparaten politischen Traditionen zu einer neuen Verwaltungseinheit.⁹³ Aus französischer Sicht war die CDU, die ihre Identität noch im regionalen Rahmen suchte, die zunächst unproblematischere Partei, weil sie trotz konservativer Ausrichtung den offiziellen Zielen weniger zuwiderlief.⁹⁴ Für linksorientierte französische Offiziere erschienen die sozialdemokratischen Konzeptionen indes förderungswürdiger, obwohl die Sozialdemokraten konsequent zentralstaatlich ausgerichtet waren und das neue Bundesland ablehnten. Es wurde zum Dilemma der Militärregierung, dass **Fortschritt und Föderalismus** im Parteienspektrum auf **unterschiedlichen Seiten** standen.⁹⁵

Den liberalen Parteien begegnete die Militärregierung zunächst mit Misstrauen, dann mit dem Eigeninteresse, reaktionäre und ehemalige Zentrumsmitglieder aus anderen Parteien zu bündeln.⁹⁶ Die verzögerte Gründung einer liberalen Partei in Rheinland-Pfalz lässt sich aber nicht nur auf die französische Blockadehaltung zurückführen. Mindestens

⁸⁴ Vgl.: Hein (1985), S. 173f.

⁸⁵ Vgl.: Martin (1995), S. 51.

⁸⁶ Vgl.: Hein (1985), S. 178.

⁸⁷ Vgl.: Paul (2004), S. 395.

⁸⁸ Vgl.: Hein (1985), S. 181.

⁸⁹ Vgl.: ebd.

⁹⁰ Vgl.: ebd., S. 183.

⁹¹ Vgl.: Paul (2004), S. 399.

⁹² Vgl.: Galonska (1999), S. 85.

⁹³ Vgl.: ebd., S. 63.

⁹⁴ Vgl.: Kusch (1989), S. 128.

⁹⁵ Vgl.: Kusch (1987), S. 112.

⁹⁶ Bericht der Obersten Delegation von Rheinland-Hessen-Nassau, 19.10.1946. In: Archives du Ministère des Relations Extérieures: Best. Série Y Internationale 1944–1949, Nr. 437.

im gleichen Maße wurde sie durch ihr geringes Wählerpotenzial und die in der Anfangsphase fehlende Konzeption behindert.⁹⁷

Es entsprach der **Pariser Linie, nur vier Parteien zuzulassen**. Frankreichs Außenminister Robert Schuman befürchtete noch im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1949 eine Welle

rechter Neugründungen, für die er keine Verantwortung übernehmen wollte.⁹⁸ Obwohl sich unter den Westalliierten letztlich die liberalere britische Haltung durchsetzte und 14 Parteien antraten, standen in den Ländern der französischen Besatzungszone nur KPD, SPD, CDU und FDP auf den Wahlzetteln.⁹⁹

⁹⁷ Vgl.: Hein (1985), S. 175.

⁹⁸ Vgl.: Schuman an Militärregierung Baden-Baden, 20.06.1949. In: Archives du Ministère des

Relations Extérieures: Best. Série Z Europe, Sous Série Allemagne, 1944–1949, Nr. 55.

⁹⁹ Vgl.: Kusch (1989), S. 39.